

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 Zl. mit Zustellgeld 3,80 Zl. Bei Postbezug monatl. 3,89 Zl. vierteljährlich 11,66 Zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 7,50 Zl. Danzig 2,50 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung zc.) hat der Bezüge kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Ds. Pl., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Ercheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 269 Bromberg, Sonnabend, den 24. November 1934 58. Jahrg.

Der Kampf um Indien.

(Von unserem Korrespondenten.)
G. P. London, 21. November.

Das große politische Problem, das England diese Woche beschäftigt und es voraussichtlich von nun ab im Laufe vieler Monate in Atem halten wird, ist der Bericht der gemischten Parlamentskommission über den neuen Verfassungsentwurf für Indien. Diese Frage, über die bereits mehr als sieben Jahre beraten und verhandelt worden ist, betrifft nicht nur das Schicksal Indiens, in Asien überhaupt, sondern ist auch entscheidend für die Stabilität der Verhältnisse in England selbst. Bekanntlich ist die zur Zeit in England vorherrschende konservative Partei in der Frage der Indien zu gewährenden Verfassung gespalten. Die Gegner einer zu weit gehenden Verfassungsgewährung an Indien befürchten, daß, falls die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollten, dieses unweigerlich die britischen Interessen in Indien gefährden und letzten Endes den Verlust Indiens für Großbritannien bedeuten würde. Die Oppositionellen bilden fast die Hälfte aller Mitglieder der konservativen Partei, und an ihrer Spitze stehen so einflussreiche und begabte Staatsmänner wie Winston Churchill, Lord Lloyd und Sir Henry Page-Croft. Sie sagen, eine Weigerung der Regierung, ihren Wünschen nachzugeben, würde ein Auseinanderfallen der konservativen Partei bedeuten; die nationale Regierung spiele daher mit ihrer Indienpolitik den Sozialisten in die Hände; und sie sehen England von einer „Katastrophe“ bedroht. In dieser Darstellung der Dinge liegt gewiß ein gut Teil Übertreibung. Aber, daß die bevorstehende Erörterung der indischen Verfassung für die nationale Regierung voller Komplikationen ist, steht außer jedem Zweifel. Macdonald und Baldwin werden in den nächsten Monaten sehr geschickt operieren müssen, falls sie, im Zusammenhang mit der Erörterung des indischen Verfassungsentwurfes, eine innerpolitische Krise allerersten Ranges vermeiden wollen.

Winston Churchill und seine Freunde mögen gewiß Recht haben, wenn sie behaupten, daß eine zu weitgehende Verfassungsgewährung an Indien große Gefahren für das britische Reich in sich birgt. Doch ebenso wahr ist, was die Befürworter des neuen Verfassungsentwurfes sagen, nämlich „keine indische Politik von Gehren frei sei.“ Die größte Gefahr, so erklären sie, besteht ohne Zweifel darin, in Sachen der indischen Selbstverwaltung gar nichts zu unternehmen oder kleinliche und unkonstruktive Vorschläge zu machen, die lediglich die indische Öffentlichkeit verärgern und die Situation noch schlimmer gestalten würden. Eine Politik der Unterstützung und eines Versuches, Indien weiterhin durch einseitige Gewaltmittel in Gehorsam zu halten, ist heutzutage vollends undenkbar. Lediglich eine Politik der Gewährung einer weitgehenden Selbstverwaltung an Indien — verbunden mit Sicherung der lebenswichtigen Interessen Englands auf dem Gebiet der Finanzverwaltung, der Verteidigung und der auswärtigen Beziehungen gegen eventuelle Mißbräuche von indischer Seite — ist heute die einzig mögliche Alternative. Diese Erwägungen sind es, von denen die Regierung sich bei Einbringung des neuen Verfassungsentwurfes hat leiten lassen. Und ihre Sprecher versichern, daß sie, falls sie in bezug auf Indien nicht das Gefühl einer Pflicht zum Handeln hätten, angesichts der in naher Zukunft bevorstehenden Neuwahlen in England nie und nimmer eine Frage aufwerfen würden, deren Erörterung ihre eigenen Anhänger in zwei bis drei feindlich gegenüberstehende Gruppen zu spalten droht.

Eine nicht minder heftige Reaktion hat der Verfassungsentwurf natürlich auch in Indien selbst hervorgerufen. Dort beginnen sich in letzter Zeit völlig neue politische Strömungen und Gruppen zu bilden. Die bemerkenswerteste Tatsache der letzten Entwicklungen ist der Rücktritt Gandhis von der praktischen Mitarbeit an der Tätigkeit der Kongresspartei. Seine Freunde schildern ihn als „ermüdet und desillusioniert“. Die neuen Strömungen überwiegen, vor allem die Jugendbewegung, hätten ihn in den letzten Jahren, ebenso wie in Europa und überall in der Welt, große Veränderungen durchgemacht. Der sentimentale Gefühlsidealismus, der in den Nachkriegsjahren vorherrschte, ist merklich im Abebben begriffen und mehr in den Vordergrund. Gandhi fühlt sich nun, wie versichert wird, als eine Art Schiffbrüchiger, der allein nach dem Verbleib der Welle des indischen Idealismus zurückgeblieben ist. Bisher hatte er stets angenommen, daß sein Glaube in sich selbst und in der Richtigkeit seiner Politik eines passiven Widerstandes Wunder schaffen könnte. Doch nun sieht er ein, daß die große Mehrzahl der indischen Volksmassen im Grunde genommen eine ganz andere Politik wünscht. Seine Ideen üben auf die indischen Massen, vor allem auf die indische Jugend, nicht mehr jenen magischen Zauber aus, wie bisher. Und die indische Kongresspartei, die Gandhi bei seinem Rücktritt noch der „Wunde halber mit Vobeshyminen überschüttete, ist im Grunde genommen herzlich froh, daß sie ihn und seinen „unpraktischen Idealismus“ los geworden ist.

Diejenige Erscheinung der innerpolitischen Entwicklungen in Indien, die in den letzten Monaten vor allem hervortritt, ist eben der zunehmende Einfluß der jugendlichen und sozialistischen Elemente innerhalb der Kongresspartei. Diese Erscheinung steht im Einklang mit der allgemeinen Tendenz der Zeit. Sie geht aber zum Teil auch auf jene Verschärfung der Wirtschaftskrise zurück, die sich in den letzten Jahren auch in Indien bemerkbar gemacht hat. Nach Aufgabe der Politik des passiven Widerstandes sind Tausende von jungen Indern, die sich in der Politik betätigt hatten, aus den Gefängnissen entlassen worden. Sie fanden jedoch in den Städten keine Arbeitsmöglichkeiten mehr, und ihre ohnedies große Bitternis gegen die Zustände hat infolgedessen noch mehr zugenommen. Die brennendste Frage, die heute vor der national empfindenden indischen Jugend steht, ist daher die, welcher Richtung sie sich nun zuwenden soll: der von der Kongresspartei offiziell niedergelegten Politik des Verzichtes auf jegliche Gewaltmethoden oder einer Politik des

revolutionären Kampfes gegen die britische Macht? Denn gleichzeitig mit dem zunehmenden Einfluß der jugendlichen Elemente, macht sich auch ein Erstarken der kommunistischen und ausgesprochen revolutionären Tendenzen bemerkbar. Die Frage, wie weit die indischen Sozialisten geneigt sind, mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen und eine „geeinte Front“ zu bilden, wird heute auch in Indien eifrig diskutiert. Während der letzten Konferenz der Kongresspartei, Ende Oktober, veranstalteten die Kommunisten in den Straßen Bombay und der anderen indischen Städte Demonstrationen, denen Fahnen vorangetragen wurden mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Verfassungsentwurf! Es lebe Sowjet-Indien!“ Es fragt sich nun: Werden diese extremen Elemente in der indischen Jugendbewegung die Führung an sich reißen, oder werden gemäßigte Strömungen obliegen? Von dieser Frage wird in weitestem Maße die Möglichkeit eines zukünftigen friedlichen Zusammenarbeitens zwischen Indien und Großbritannien abhängen.

Belgrads Beschwerde in Genf überreicht.

Der Vorstoß richtet sich ausdrücklich gegen Ungarn.

Genf, 23. November. (DNB)

Der südslawische Außenminister Jestsich hat am Donnerstag nachmittag im Völkerbundsekretariat die angekündigte Note überreichen lassen, in der die Untersuchung der politischen Verantwortlichkeiten des Marzeiller Attentats verlangt wird.

Der Inhalt der Anlagenschrift.

Die Note, die drei Schreibmaschinenseiten umfaßt, beginnt mit folgender Einleitung:

„Das furchtbare Verbrechen von Marseille, das das Bewußtsein aller Kulturvölker in Erregung versetzt hat, zwingt die Südslawische Regierung, auf Grund der politischen Untersuchung in verschiedenen Ländern, den Völkerbundrat mit gewissen besonders ernsten Seiten dieser Angelegenheit zu befragen, weil sie dazu angetan sind, das gute Einvernehmen und den Frieden zwischen Südslawien und dem benachbarten Ungarn zu fördern.“

Die Note erinnert dann an die Verhandlungen vor dem Völkerbundrat im Juni. Damals bereits habe die Südslawische Regierung auf die verbrecherischen Umtriebe gewisser terroristischer Elemente in Ungarn und deren Unterstützung durch gewisse ungarische Behörden hingewiesen.

Sie habe danach erwartet, daß die Ungarische Regierung die notwendigen Maßnahmen treffen würde, um der Unterstützung, der sich die terroristischen Elemente in Ungarn erfreuten, ein Ende zu machen. Nur in diesem Geiste seien Verhandlungen mit der Ungarischen Regierung aufgenommen worden, die am 21. Juli zu einem Abkommen in Belgrad geführt hätten.

„Die Ergebnisse der Untersuchung des Mordes an König Alexander und an Barthou in Marseille, so behauptet die Denkschrift, haben bewiesen,

daß dieses Verbrechen unter der Teilnahme derjenigen nach Ungarn geflüchteten terroristischen Elemente organisiert und ausgeführt worden ist, die in diesem Lande nach wie vor die gleiche Hilfe genießen haben wie vorher, und daß dieses Verbrechen nur dank dieser Hilfe ausgeführt werden konnte.“

Tatsächlich findet man unter den Komplizen des Mörders die Terroristen, die bereits den Gegenstand der Beschwerde der Südslawischen Regierung bei der Ungarischen Regierung gebildet haben, und durch ihre Erklärung ist festgestellt, daß sie in Ungarn nicht nur ein Asyl gefunden haben, sondern daß sie auch als Gruppe bis zum Vorabend des Attentates auf ungarischem Gebiet sich aufhalten haben. Die Ergebnisse der Untersuchung beleuchten in besonders ernster und eindrucksvoller Art die Verantwortlichkeit der Ungarischen Regierung für die Hilfe und Unterstützung, die der terroristischen Aktion gewisser emigrierter südslawischer Untertanen gewährt worden ist.

Die Note kündigt die Einreichung weiteren Materials an und fährt dann fort: Es handelt sich nicht um den politischen Mord als Werk eines vereinzelten Individuums, es handelt sich nicht mehr um die Asylgewährung für die Emigranten, sondern darum,

daß auf dem Gebiet eines fremden Staates Berufsverbrecher ausgebildet und geschult werden, die den Auftrag haben, eine Reihe von Attentaten und Morden zu einem bestimmten politischen Zweck auszuführen.

Die Erleichterungen und der Schutz, dessen sich die Verbrecher auf ungarischem Gebiet während ihrer eingehenden und langen Vorbereitung erfreut haben, sind kaum glaublich. Wenn die besten Diener einer Nation und die festesten Stützen des internationalen Friedens in Erfüllung ihrer Pflichten von Verbrechern getötet werden können, die in Massen organisiert und ausgebildet werden und sich des

Wohlfollens und der Unterstützung der Behörden eines fremden Landes erfreuen, so ist keine organisierte Regierung mehr möglich. Dann würde ein Zeitalter der internationalen Anarchie und Barbarei für die Kulturwelt anbrechen, in dem die selbstverständlichen Grundlagen des internationalen Friedens unvermeidlich zusammenbrechen würden. (Vergl. Serajewo! D. N.)

Angesichts der Schwere dieser Tatsache sieht sich die Südslawische Regierung aus Sorge für die Aufrechterhaltung des Friedens und im Vertrauen auf die Autorität des Völkerbundes gezwungen, unter Berufung auf Artikel 11 Absatz 2 des Völkerbundpakttes den Völkerbundrat mit dieser Lage zu befragen, die in erster Weise die Beziehungen zwischen Südslawien und Ungarn bedroht und den Frieden und das gute Einvernehmen zwischen den Nationen zu föhren droht.

Rumänien und die Tschechoslowakei schließen sich dem Appell an

Genf, 23. November. (PAT.)

Die Außenminister der Tschechoslowakei und Rumäniens haben am Donnerstag abend an das Generalsekretariat des Völkerbundes gleichlautende Schreiben gerichtet, in denen sie sich auf den von der Südslawischen Regierung niedergelegten Appell berufen:

„Da die Tatsachen, von denen in dem Appell der Südslawischen Regierung die Rede ist, durch ihren außer gewöhnlichen Ernst unmittelbar die Tschechoslowakei (Rumänien) und ihre (seine) guten nachbarlichen Beziehungen mit Ungarn angehen, das sich auf diese Weise in Gefahr befindet, sowie unter Berücksichtigung der allgemeinen Bedingungen, von denen der Friede in Mitteleuropa abhängt, schließt sich die Tschechoslowakische (Rumänische) Regierung als Mitglied des Völkerbundes vollkommen dem Appell der Südslawischen Regierung an.“

Der Eindruck der Note in Genf.

Genf, 23. November. (DNB) Die südslawische Note an den Völkerbund hat hier einen ungeheuer starken Eindruck hinterlassen. Besonders in französischen Kreisen und in Kreisen der Kleinen Entente ist eine starke Verlegenheit unverkennbar, denn eine Note mit solchen schweren, gegen Ungarn direkt gerichteten Anschuldigungen hatte man nach den in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zwischen dem französischen Außenminister und den Vertretern der Kleinen Entente nicht erwartet. Man weiß darauf hin, daß nun Südslawien sehr schlüssige Beweise für seine Anklage zu erbringen habe. Von südslawischer Seite erklärt man, daß die angekündigte Sammlung von Dokumenten die durch die Note hervorgerufene Sensation durchaus rechtfertigen werde. Obwohl in der Note nur Ungarn genannt worden ist, empfindet man hier ferner allgemein, daß sie zu einer neuen erheblichen

Spannung auch zwischen Südslawien und Italien beitragen werde. Jedenfalls wird sie nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die in der letzten Zeit versuchten Annäherungsbestrebungen zwischen Italien auf der einen und der Kleinen Entente und Frankreich auf der anderen Seite. Diese unmittelbare politische Wirkung der südslawischen Note ist vielleicht wichtiger als die Frage der Behandlung des südslawischen Schriftstücks in Genf selbst.

Ungarns Standpunkt zur südslawischen Note.

Budapest, 23. November. (DNB) Ministerpräsident Gömbös hat einem Mitarbeiter des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus auf dessen Anfrage hin den Standpunkt der Ungarischen Regierung zu der südslawischen Note an den Völkerbund folgendermaßen dargelegt:

Deutsche Vereinigung.

Begeisterte Aufnahme in Dirschau. — Ortsgruppengründung mit 320 Mitgliedern.

Am Donnerstag, dem 22. d. M., fand im großen Saale der Stadthalle zu Dirschau die erste Versammlung der Deutschen Vereinigung statt, auf deren Tagesordnung die Gründung einer Ortsgruppe Dirschau stand, auf deren Tagesordnung die Gründung einer Ortsgruppe Dirschau stand. Geschäftsführer Otto Brunk-Dirschau richtete Worte der Begrüßung an die Anwesenden, worauf Dr. Hempel-Bromberg in ebenso bedeutenden wie klaren Ausführungen Zweck und Ziel der Deutschen Vereinigung darlegte. Die Worte Dr. Hempels fanden ungeteilten Beifall. Geschäftsführer Otto Brunk erläuterte sodann die Satzungen, worauf die Versammlung sich zur Gründung einer Ortsgruppe Dirschau bereit erklärte. Der neuen Ortsgruppe traten sofort 320 Mitglieder bei. Im Verlaufe der Diskussion zeigte sich kein Widerspruch, sondern der allgemeine Wunsch, Parteienhäß und Parteienhader zu überwinden durch den Zusammenschluß aller Volksgenossen in der Deutschen Vereinigung. In den Ortsgruppen-Vorstand wurden gewählt: Alfred von Kries-Klein-Waczniara, Paul Zimnoch-Dirschau, Walter Willemsz-Gzattkau. In die Revisionskommission wurden gewählt: Karl Schliep-Dirschau und Joseph Fleischer-Dirschau. Zum Schluß wurde von allen Anwesenden der Feiernspruch mit erhobenem rechten Arm gesungen, worauf Dr.

Hempel ein dreifaches Siegel auf das deutsche Volk und seinen Führer ausbrachte.

Im Anschluß an die Versammlung der Deutschen Vereinigung veranstaltete Dr. Hempel einen Jugendabend, an dem 50 Jungen und Mädchen teilnahmen. Es wurden Lieder und Sprechspiele geübt.

Hebt hoch die Fahne!

Gründung der Ortsgruppe Krodom (Seckreis).

Am 20. November d. J. wurde in Krodom (Seckreis) die Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung gegründet. Die Versammlung eröffnete Dr. Rodenacker-Gelbau. Nachdem Dr. Hempel die Bedeutung, der das gesamte Deutschthum erfassenden, auf dem Boden der inneren Erneuerung stehenden Deutschen Vereinigung geschildert hatte, erläuterte Geschäftsführer Brunk-Dirschau die Satzungen. Mit großer Begeisterung stimmten die Anwesenden der Aufforderung, eine Ortsgruppe zu gründen, zu. In den Vorstand wurden gewählt: Friedrich Reinke jun., Otto Morich und Wilhelm Limberg.

Frankreichs Antwort an Polen unterwegs.

Genf, 23. November. (Eigene Meldung.)

Der französische Außenminister Laval, der am Mittwoch den nun anscheinend doch vergeblichen Versuch unternommen hatte, Südslawien, die Kleine Entente und den Balkanbund von einem scharfen Vorstoß gegen Ungarn und (zugleich indirekt) gegen Italien zurückzuhalten, hat den Donnerstag mit Verhandlungen zugebracht, in deren Mittelpunkt der russische Volkskommissar Litwinow stand. Laval hat dabei die Linie der unter Barthou eingeleiteten neuen französisch-sowjetrussischen Politik weitergesponnen. Seine Unterhaltungen mit dem Sowjetvertreter galten dem Ostpakt.

Litwinow wird offenbar von seiner Regierung gedrängt.

endlich positive Ergebnisse seiner Politik der Annäherung an Frankreich und des Eintritts in den Völkerbund nach Hause zu bringen, vor allem eine Entscheidung über den Ostpakt, von dem die Sowjetregierung eine Sicherung ihrer Westgrenze erwartet.

Die französische Regierung muß jedoch zunächst die endgültige Antwort Polens abwarten.

und zwar auf die Note, mit der sie Beck's Darlegungen vom vergangenen September zum Ostpakt beantwortet hat. Polen wird damit vor die endgültige Entscheidung für das Problem eines gemeinsamen Paktes oder zweiseitiger Abkommen, wie die von ihm mit Deutschland und Sowjetrußland abgeschlossenen, gestellt. Hieron macht die französische Regierung es abhängig, ob sie sich eventuell für eine franco-sowjetrussische Allianz entscheidet.

Litwinow hat auch mit Eden und dem litauischen Vertreter Klimas über die Ostpaktfrage gesprochen.

Laval wird zweifellos seine Verhandlungen mit Litwinow nach seiner Rückkehr hierher fortsetzen.

Antwortnote am Mittwoch abgefaßt.

Zu den Besprechungen des französischen Außenministers Laval, der am Donnerstag nach Paris zurückgekehrt ist und in der nächsten Woche zur Ratstagung wieder nach Genf kommen will, verlautet, daß die französische Antwort auf die polnische Stellungnahme vom September am Mittwochabend abgefaßt worden ist. Auf Drängen der Sowjetregierung, die den Ostpakt als eine unerlässliche Sicherheitsbürgschaft für ihre europäische Grenze betrachtet, habe Frankreich seine Auffassung über die Beteiligung Polens an diesem Pakt in aller Klarheit zum Ausdruck gebracht. Doch wird von französischer Seite betont, daß die Note an Polen keineswegs eine Aufforderung zur Entscheidung zugunsten des einen oder anderen Systems enthalte, sondern sehr verbindlich gehalten sei.

Theatern werden die Vorführungen unterbrochen, und auf der Leinwand erscheinen gegen Albanien gerichtete Aufrufe. Auf den Straßen bilden sich improvisierte Umzüge, an denen hauptsächlich die Jugend teilnimmt, die um Hilfe für die bedrückten Brüder in Albanien aufruft.

Sehr ernst stellt sich die Lage an der griechisch-albanischen Grenze dar. Die griechische Presse berichtet täglich von Überschreitungen der Grenze durch Flüchtlinge, die von der Verfolgung von Griechen in Albanien zu erzählen wissen. In vielen Grenzorten sind bereits

bewaffnete Freiwilligen-Abteilungen

gebildet worden, die bereit sind, jeden Augenblick in Albanien einzufallen. Nach Pressemeldungen zählen diese Abteilungen über 3500 Mann, die von 175 Führern, hauptsächlich ehemaligen Soldaten, befehligt werden. Diese Korps entwickeln im ganzen Lande eine sehr lebhaft propagandistische Tätigkeit; die Zahl ihrer Mitglieder steigt daher von Tag zu Tag. Aus Kreta wird gemeldet, daß eine dieser Abteilungen sich bereits auf dem Wege über Saloniki nach der griechischen Grenze befindet. Der Oberste Führer dieser Organisationen, Oberst Kerkiropulos, hat in den letzten Tagen einen Aufruf an das griechische Volk erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Keine Macht der Welt wird uns davon zurückhalten, einen gerechten Kampf um die Gerechtigkeit für unsere Brüder zu führen.“

Bezeichnend ist es, daß die Griechische Regierung bis jetzt eine große Reserve an den Tag legt, und außer der diplomatischen Intervention, die erfolglos geblieben ist, keine weiteren Schritte zur Verteidigung ihrer Minderheit in Albanien unternommen hat. Wie es heißt, beabsichtigt sie jetzt, sich in dieser Frage an den Völkerbund zu wenden, was jedoch die erhitzten Gemüter der arabischen Patrioten nicht beruhigen dürfte.

Die Ungarische Regierung wurde durch die im Zusammenhang mit der Marzeiller Angelegenheit in Genf unterbreitete südslawische Note nicht überrascht. Sie sieht in dieser Note nichts anderes, als die Fortsetzung des seit einem Monat im Gange befindlichen und auf die Untergrabung der Stellung Ungarns gerichteten Pressefeldzuges. Sie sieht mit Besorgnis, daß der Ton der Note der gleiche ist, wie der gegen Ungarn heftenden Presse. Diese Presse hat nämlich sofort nach der Verübung des Mordes, somit zu einer Zeit, als noch keinerlei Anhaltspunkte dafür vorhanden sein konnten, wer die Organisatoren und die Ausführenden des Anschlages waren, zur Bloßstellung Ungarns eine politische Hecke eingeleitet, die von vornherein geeignet war, den europäischen Frieden zu gefährden. Die Ungarische Regierung hat vom ersten Augenblick des Einsetzens des Verleumdungsfeldzuges an die Tendenz klar erkannt.

Es steht nämlich außer Zweifel, daß das Ziel der Leiter des Feldzuges neben der Diskreditierung der ungarischen Sache auch die Einschüchterung Ungarns war, um unsere friedliche Arbeit für unsere nationale Existenz zu lähmen.

Die Ungarische Regierung lenkt die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung der Welt auf die politische Tendenz der südslawischen Note, besonders unter Hinweis darauf, daß sie ihre Beschuldigungen gegen Ungarn ohne ins einzelne gehende Kenntnis der Sache und unter Berufung auf die angeblich zur Verfügung stehenden, bisher nicht nachprüfbareren Beweise stützen will.

Die Haltung der Südslawischen Regierung ist um so unberechtigter, weil sie es bisher nicht einmal für notwendig hielt, sämtliche als Grundlage der Beschuldigung dienenden Schriftstücke der Ungarischen Regierung mitzuteilen.

Die Ungarische Regierung hätte diese ebenso Lügen gestraft, wie jene Behauptungen, daß der Mörder vor Vergebung des Anschlages sich in Ungarn aufgehalten habe.

Die Ungarische Regierung als Vertreterin einer tausendjährigen Nation, deren Geschichte den politischen Mord niemals als Mittel zur Geltendmachung der Wahrheit der Nation anerkannt hat, protestiert feierlich gegen das Vorgehen der Südslawischen Regierung und weist die Beschuldigung der Teilnahme am Mord zurück.

Da die Ungarische Regierung durch das Vorgehen der Südslawischen Regierung den europäischen Frieden als gefährdet ansieht, hält sie es auch ihrerseits für wünschenswert, daß der Völkerbund behufs dringender und objektiver Klärung der Sache jeden Schritt unverzüglich unternehme. Sie wünscht dies um so mehr — und lenkt die Aufmerksamkeit der europäischen öffentlichen Meinung besonders hierauf — weil es den Anschein hat, daß Südslawien und seine Freunde im Bewußtsein ihrer im Sinne der Friedensverträge ihnen einseitig zugestandenen überlegenen militärischen Kraft den heiligen Gedanken des europäischen Friedens gefährden.

„Nicht Ungarn, sondern der Komintern!“ Sensationelle englische Anklagen.

Die Londoner „Morning-Post“ betont in einem Kommentar zu der südslawischen Aktion beim Völkerbund in der Frage des Marzeiller Attentats die Gefahr, die für internationale Fragen der Faktor der Angst und der Verdächtigung in sich birgt. Der Völkerbund müßte nach Ansicht des Blattes die südslawischen Verdächtigungen Ungarns mit großer Vorsicht behandeln, da die politischen Emigranten für jedes Land, das ihnen Unterkunft gewährt, eine Ursache der Furcht und der Sorge seien. Sofern die Frage des Marzeiller Attentats im Völkerbund durchgesprochen werden sollte, so ist es, wie die „Morning-Post“ annimmt, unwahrscheinlich, daß man sich dabei nur auf eine Terroristenengruppe oder nur auf ein Land beschränken werde. Wenn gleich die Forderungen Südslawiens sich hauptsächlich gegen Ungarn richten, sei es doch mehr als wahrscheinlich, daß im Laufe der Diskussion sich auch andere Völker als in dieser Frage verwickelt herausstellen könnten und darunter auch Sowjetrußland.

Es scheint jetzt, schreibt weiter das Londoner Blatt, daß der Komintern viel mehr an dem Marzeiller Attentat beteiligt ist, als man dies geglaubt hatte. Die Teilnahme Moskauer sei eine der Fragen, die in Genf aufgeworfen werden könnten, wenn der Protest der Südslawischen Regierung gegen die Terroristen zur Sprache gelangt. Die „Morning-Post“ behauptet dann, daß der im Zusammenhang mit dem Marzeiller Morde verhaftete Zwan Rajitsch Vertreter der südslawischen kommunistischen Partei sei und sucht einen Zusammenhang mit dem Komintern und kroatischen Terroristischen Organisation nachzuweisen, die das Attentat vorbereitet habe. Ferner versucht das Blatt den Beweis zu erbringen, daß zwischen dem Komintern und der terroristischen mazedonischen Organisation ebenfalls ein Zusammenhang bestehe. Dieser gehörte bekanntlich Georgiew, der Mörder des Königs Alexander, an.

Sieben Südslawen

auf einem britischen Dampfer verhaftet.

Vancouver, 23. November. (DNB) Sieben südslawische Blinde Passagiere wurden an Bord des britischen 4900-Tonnen-Dampfers „Langletarn“ entdeckt. Sie sollen in Algier an Bord gekommen sein. Fünf von ihnen wurden von der Polizei unter dem Verdacht, mit der Ermordung des Königs Alexander von Südslawien in Verbindung gestanden zu haben, in Haft genommen. Die beiden anderen entkamen.

Vor einen bewaffneten Konflikt

zwischen Griechenland und Albanien?

Der Konflikt zwischen Griechenland und Albanien, der durch die plötzliche Aufhebung der vertraglich zugesicherten Berechtigungen der griechischen Minderheit auf dem Gebiet Albanien durch die albanischen Behörden hervorgerufen wurde, nimmt, wie aus Athen gemeldet wird, immer schärfere Formen an. Die ironische Ablehnung des Protestes der Griechischen Regierung in dieser Frage durch Albanien hat in ganz Griechenland eine ungeheure Empörung ausgelöst. In allen Städten finden augenblicklich Protestdemonstrationen statt, in denen zündende Ansprachen gehalten und Rufe gegen Albanien ausgestoßen werden. In den Sichtbild-

Die Lage im Kirchenstreit.

Landesbischof Wurm wieder in sein Amt eingesetzt

Wie aus Stuttgart gemeldet wird, ist der württembergische Landesbischof Wurm von der Reichskirchenregierung wieder in sein Amt eingesetzt worden, nachdem die kommissarische Landeskirchenregierung zurückgezogen worden ist. Alle Maßnahmen und Maßnahmen, die von der kommissarischen Kirchenregierung getroffen worden waren, wurden rückgängig gemacht.

Am Freitag dem 23. November, wird, wie bereits offiziell bekanntgegeben, in Berlin die Tagung der Landeskirchenführer zusammengetreten. An ihr werden sämtliche Landesbischöfe, sowie die kommissarischen Landeskirchenführer und auch der Präsident der reformierten Kirche Deutschlands Koopmann aus Aurtich teilnehmen. Nicht aber die Führer der Bekenntnissynode, hinter denen nach der letzten Schätzung 75 v. H. der evangelischen Gemeinden stehen. Aufgabe dieser Landeskirchenführertagung ist es, die drei theologischen Mitglieder der neuen geistlichen Ministerium zu bestimmen. Bekanntlich muß nach der Kirchenverfassung vom 11. Juni 1933 das Reichskirchenministerium drei theologische Mitglieder enthalten, und zwar ein lutherisches, ein reformiertes und ein uniertes Mitglied. Man hofft nun für den Posten des lutherischen Mitgliedes entweder Landesbischof Marahrens oder Landesbischof Weiser zu gewinnen, wie man überhaupt nach wie vor trotz dem Widerstand der Bekenntnissynode entschlossen ist, ein Ministerium der autonomen Befriedigung zu bilden.

Die Frage.

Ich wache auf, — mir war, es ging die Tür, —
Da kam mein toter Freund herein zu mir.
Mir stieg das Grauen bis zum Hals herauf,
Ich sprach ihn an, — er achtete nicht darauf.
Ich fragte ihn: „Was stört dir deine Ruh,
Du liebster Freund, was willst du, daß ich tu?“
Er hörte nicht auf meine Zärtlichkeit,
Er sah an mir vorbei ganz fremd und weit
Und fragte drängend und doch ohne Son:
„Wo steht die Front und wo mein Bataillon?“

Börris Febr. von Münchhausen.

Zum Totensonntag.

Der letzte Sonntag im Kirchenjahr ist der Totensonntag, das Totenfest. Erst wenig mehr als 100 Jahre wird das Totenfest in der evangelischen Kirche gefeiert, nachdem Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1816 diesen Novembersonntag, den letzten im Kirchenjahr, als Gedenktag für die gefallenen Freiheitskämpfer bestimmte. Unsere Zeit gedenkt an diesem Tage aller Kämpfer, die im großen Kriege und in den Jahren danach für Deutschland und für uns ihr Leben geopfert haben, gedenkt aber auch all der Toten, die im Laufe des Jahres dahin gegangen sind und sich mit den Vorigen nun zu einer unendlichen Gemeinde vereinen. Nicht der einzelne gedenkt der Toten seiner Familie, sondern die ganze Gemeinde, ja die ganze Kirche ehrt ihr Gedächtnis an diesem Sonntag. Daher unsere Feiern auf dem Friedhof, in der nicht nur der einzelne die Gräber seiner Lieben aufsucht, sondern in der die ganze Gemeinde miteinander sich in Ehrfurcht vor der Majestät des Todes beugt und mit den Leidtragenden des vergangene Jahres Schmerz und Kummer mitempfiehlt. Von der Natur aus gesehen erscheint es uns durchaus sinnig, daß der Totensonntag einem Monat angehört, der, wie kein anderer das langsame Sterben und Vergehen aller Geschaffenen deutlich macht und so uns alle an Sterblichkeit und Vermeslichkeit des Menschen gemahnt. Der Christ fühlt an diesem Sonntag nicht nur die düstere und schwermütige Stimmung des Novembertages, er denkt auch daran, daß an diesem Sonntag das Kirchenjahr zu Ende geht und daß das Evangelium an diesem Tage vom Ende aller Dinge und vom Gericht über Zeit und Welt redet. Darum liegen Buß- und Bettag und Totensonntag so nahe zusammen.

Wie in aller Friedhofstranen und im Leid um die Heimgegangenen Aufstrebungshoffnung und Ewigkeitsfreuen stark und zuverlässig aufklängen müssen, so geht auch durch den letzten Sonntag des Kirchenjahres bereits ein Ahnen von der erwartungsvollen Zeit, die schon mit dem nächsten Sonntag beginnt, mit dem Advent. Nicht lange dauert es, dann ist die Adventszeit wieder da und will uns herausnehmen aus all der dumpfen Wirnis und dem lauten Streit unserer Tage, daß wir still werden und helle, klare Augen bekommen, um ungetrübt hineinschauen zu können in das ewige Licht von Weihnachten. Zunächst scheint es so, als wäre das Totenfest in der Reihe der großen kirchlichen Feste nur ein düsteres Zeichen von Trauer und Schmerz und gehöre nicht recht hinein in die Reihe der festlichen Sonntage. Und doch fügt es sich ebenso wie alle anderen Sonntage sinnemäßig in den Gang und das Wesen des Kirchenjahres, ja findet sogar die rechte Verbindung zu der freudenreichsten Zeit, die uns gleich darauf erwartet.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedeutet.

Bromberg, 23. November.

Einzelle Schauer.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung mit einzelnen Schauern an.

Die Botschaft des Lebens.

Totenfest... wir gehen zu den Gräbern unserer Lieben, wir schmücken sie mit grünen Kränzen, wir stehen still in wehmütiger Erinnerung und wir werden an das eigene Sterben gemahnt. Das scheint uns die rechte Weise zu sein, das Gedächtnis der Toten zu begehnen. Und doch ist es nicht die rechte Weise: Christen sollten am Totenfest nicht an den Tod, sondern an das Leben denken. Über Gräbern steht das Wort des Herrn: Ich lebe und ihr sollt auch leben! (Joh. 14, 19.) Denn als Christen haben wir Recht und Pflicht auf Tod und Grab zu schauen so, wie der Herr darauf geschaut hat. Aber von ihm aus gesehen, ist der Tod nicht Tod, sondern überwundener Tod. Das nimmt ihm nicht sein Grauen und seinen Ernst. Im Gegenteil, erst von hier aus verstehen wir, daß der Tod der Sünde Sold ist, daß er etwas ist, was nicht sein sollte und nicht sein wird in einer erlösten Welt. Eben darum stellen wir dem Tod des Herren Wort entgegen: Ich lebe und ihr sollt auch leben. Jesus Christus ist der lebendige Herr; wo er ist kann nur Leben sein, auch da, wo unser Auge Tod sieht und unser Herz Tod fühlt. Er hat dem Tode die Macht genommen und hat Leben und unvergänglich Wesen ans Licht gebracht. Man kann Totenfest als Christ nicht von Dorn trennen. Wird im Tode der Sünde in einer von Gott abgefallenen Welt offenbar, so hat uns Dorn bekenntnis gelehrt: Der Tod ist verschlungen in den Sieg. Er lebt! Wie sollten wir nicht leben, wenn wir nur die Seinen sind. Rästet auch ein Haupt sein Lied, welches es nicht nach sich zieht? Die Glaubensverbindung mit ihm macht uns ebenso seines Lebens teilhaftig, wie seine Liebesverbindung mit uns in unserm Tode teilhaftig gemacht hat. Sterben wir mit, so werden wir mit leben. Darum aber soll am Totenfest die Botschaft vom Leben den Schmerz des Sterbens überwinden und die Tränen trocknen, die an Gräbern geweint werden. Der Glaube weiß alles Sterben unter der Hand des allmächtigen Gottes. Darum stehen wir an den Gräbern der Unseren und vor dem eigenen Grab als Menschen des Lebens. D. Blau-Pöten.



Nass Kalt! Jetzt NIVEA

Wenn's draußen stürmt, wenn's regnet oder schneit, dann braucht Ihre Haut besonderen Schutz. Pflegen Sie daher allabendlich Gesicht und Hände mit Nivea-Creme. Das macht Ihre Haut weich und geschmeidig; sie wird so widerstandsfähig, daß auch raue Witterung ihr nicht mehr schaden kann.

Nivea-Creme dringt infolge ihres Gehaltes an Euzerit tief in die Haut ein, ohne einen Glanz zu hinterlassen; sie ist Tages- und Nachtcreme zugleich.

Nivea-Creme in Dosen: Zl. o.40-2.60, in Tuben: Zl. 1.35, 2.25

§ Gewarnt werden muß vor einer weiblichen Person, die, wie wir schon einmal berichteten, angeblich im Auftrage von evangelischen Pfarrfrauen Geldbeträge sammelt. Die Frau, die bisher hauptsächlich in Schleichwegen aufgetreten ist, hat jetzt ihr Tätigkeitsfeld auch nach Schwebenhöhe und einigen anderen Bezirken verlegt. Es handelt sich bei der Frau um eine Schwindlerin, die die Gutmütigkeit der von ihr aufgesuchten Leute ausnützt. Wir machen darauf aufmerksam, daß niemand zu derartigen Sammlungen berechtigt ist, es sei denn, daß er sich für besondere Zwecke durch einen Ausweis legitimieren kann. Die vom Sozialausschuß der Deutschen Nothilfe ausgestellten Ausweise tragen sämtlich die Unterschrift von Herrn Superintendent Ahmann.

§ Ein Wohnungsdiebstahl wurde bei dem hier, Bahnweg (Kijowska) 28 wohnhaften Jan Lewandowski verübt. Als L. seine Wohnung verließ und leichtsinnigerweise die Tür nicht verschloß, benutzte dies ein unbekannter Dieb, drang in die Wohnung ein und stahl aus einem Schrank 300 Zloty in bar. Der Bestohlene meldete den Diebstahl der Polizei. — Einen Teppich, 2x2 1/2 Meter, stahl ein Dieb vom Hofe Danzigerstraße 17, der dort zum Lüften ausgehängt war. — Den Diebstahl eines Fahrrades meldete der Polizei der Landwirt Gzestaw Madzia. Er hatte das Fahrrad unbeaufsichtigt in dem Korridor eines Hauses in der Danzigerstraße stehen gelassen, von wo es ein noch unbekannter Dieb entführte.

§ Bei einem Einbruch festgenommen wurde der 31-jährige, vorbestrafte Wladyslaw Koszanski aus Mazthal. Er versuchte aus dem Stall des Landwirts Jan Motylewski Hühner zu stehlen, wobei er ertappt und der Polizei übergeben wurde. Das Bürgergericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Monaten Arrest.

Unser neuer Roman!

Eine besondere Freude hoffen wir unseren Lesern zu bereiten durch die morgen beginnende Veröffentlichung des neuesten Romans von dem bekannten und überall sehr geschätzten Heimatdichter Friß Ganßer. Die neue Arbeit trägt den Titel:

„Spuk in der Heide“

Zwei durch die Zeitverhältnisse heimat- und vermögenslos gewordenen Deutsche verschlägt das Schicksal in ein verlassenes, spukhaftes Heidehaus. Aus der Atmosphäre dieses Hauses erwachsen diesen beiden Weltflüchtlingen und Frauenhässlern allerlei merkwürdige Erlebnisse spannender Art in dieser selbst erwählten Einsamkeit, um die Erdgeruch und Heidebusch wehen. Die Natur wird ihnen zur Herzensheimat und zündet auch wieder die erloschenen Kerzen der Liebe für sie an, die Leidenschaft und Untreue ihnen auslöschten. — Es ist ein deutscher Roman voll Kraft, Eigenart und Herbarkeit, der auch an die Fragen der Zeit rührt und durchpulst ist von jener tiefen Heimatliebe, die in allen Werken Ganßers sich offenbart.

§ Ein Betrüger hatte sich in dem 38-jährigen Franciszek Wjoci, von hier, vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Im September d. J. erschien der Angeklagte bei dem Berlinerstraße 14 wohnhaften Stanislaw Nowak und bot ihm Leinwand zum Kauf an. Er zeigte dem N. eine Warenprobe, worauf dieser leichtsinnigerweise bei dem Schwindler die Leinwand bestellte und 17 Zloty anzahlte. W. ließ sich selbstverständlich nicht mehr sehen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der bereits vorbestraft ist, zu einem Monat Arrest.

§ Einen schweren Unfall erlitt der 55-jährige Landwirt Friedrich Braun, wohnhaft im Kreise Bromberg. Als er sich an seinem Fuhrwerk zu schaffen machte, schlug das Pferd plötzlich aus und traf ihn mit dem linken Hinterfuß ins Gesicht, so daß er blutüberströmt und brennungslos zusammenbrach. Der Verletzte wurde nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht.

§ Eine nicht unerhebliche Schnittwunde zog sich die 14-jährige Schülerin des Städtischen Gymnasiums Krystyna Buzdowska zu. Das Mädchen fiel während des Spiels in eine Scheibe des Klassenzimmers, wobei es sich an der rechten Hand eine Schnittwunde zuzog. Nach Anlegung eines Notverbandes im Städtischen Krankenhaus konnte die Verletzte wieder entlassen werden.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Deutscher Abend am Montag, dem 26. Schiller-Gedenkfeier: Wir wollen es Goethe nachden und uns Schiller holen! er hilft! er hat noch immer geholfen! (Café Fleischl.) (7891)

Russalische Besper. Bei der am kommenden Sonntag (Totenfest), nachmittags 5 Uhr, in der Evangel. Pfarrkirche in Bromberg stattfindenden Besper nehmen teil: die Violinistin Charlotte Weise (Zoppot), der Cellist Max Walter Richter (Danzig) und der Chor des Bromberger Bachvereins. Orgel und Chorleitung Georg Jaedele. Im Programm u. a.: Händel, Bivaldi, Corelli und Bach. — Eintritt frei. (7897)

□ Erone (Koronomo), 22. November. Gestohlen wurde dem Besitzersohn Jakob Schmidt aus Neurobe das Fahrrad, das er bei seinem Nachbarn auf kurze Zeit unbeaufsichtigt vor dem Hause stehen ließ.

Auf dem heutigen Wochenmarkt kostete Butter 1,10 bis 1,20, Eier 1,40-1,50 die Mandel. — Mastschweine brachten 25-31 Zloty der Zentner, Baconschweine 20-22 Zloty, Abschlager 8-11 Zloty das Paar.

+ Bissa (Leczno), 22. November. Die Gebrüder Muszynski aus Punit gedachten in der katholischen Kirche in Kröben gute Diebesbeute zu machen. Sie wurden jedoch von dem Küster überrascht, der sie einschloß und schleunigst die Polizei verständigte. Die Kirchendiebe wurden den Gerichtsbehörden zur Bestrafung übergeben.

Der Raubüberfall in Kewelt bei Bissa hat eine schnelle Aufklärung gefunden. Der Dominicalarbeiter Nowicki hat den Überfall erdacht und der Polizei zur Kenntnis gegeben, weil er sich in Bissa betrunken und sein Geld beim Würfelenspiel verloren hatte. Aus Furcht vor seiner schlagkräftigen Ehehälfte hat er dann denn Raubüberfall vorgetan.

In der letzten Zeit wurden die wiederholt angepflanzten Bäumchen auf der Reikener Chaussee durch unverantwortliche Elemente mutwillig vernichtet. Ein hiesiger Bürger konnte die Frevel in der vergangenen Nacht feststellen und der Polizei übergeben. Sonderbarerweise sind dies nicht junge Bäumchen, sondern „ältere Herrschaften“, die wahrscheinlich in vorgerückter Stimmung ihre Kraft an den Bäumchen ausprobieren wollten.

§ Posen, 22. November. Die Strafkammer verurteilte gestern einen Antoniowicz von hier zu lebenslänglichem Gefängnis, der aus Eifersucht seine von ihm getrennt lebende Ehefrau umbringen wollte und dann das ihr zu Hilfe eilende Ehepaar Hoffmann, bei dem sie zur Miete wohnte, durch mehrere Revolverschüsse tötete, seine Frau aber nur leicht verletzete.

Gestern verurteilte die Polizei auf dem Wochenmarkt des Alten Marktes eine Streife, bei der 40 Personen festgenommen wurden. Von ihnen wurden 16 wegen verschiedener Straftaten gesuchte Verbrecher dem Gefängnis zugeführt.

Ein Dummetzungenstreich wurde gestern abend auf einem Brückenkopf der neuen Wartbebrücke verübt, indem von unbekannter Seite eine Petarde geworfen wurde, die mit großem Krach explodierte — ohne zum Glück Schaden anzurichten.

Vor mehreren Tagen hat das 15jährige Dienstmädchen Helena Komicka ihre bei der Aderstr. 21 wohnhafte Frau Wladyslawa Boruska gehabte Dienststelle verlassen und ist seitdem spurlos verschwunden.

□ Padewitz (Pobiedziska), 22. November. Bei dem Landwirt Blesse in Patalice wurden aus dem Keller Schinken, Wurst und Schmalz gestohlen. Der Schaden wird mit 300 Zloty angegeben. — Dem Schmiedemeister Muth, ebenfalls in Patalice, wurden zwei Schweine in der vergangenen Nacht gestohlen.

† Schmiegel (Smigiel), 22. November. Hier wurde im Hause des Bäckers Dorodowczyk ein Brudermord verübt. Der Viehhändler Eduard Dorodowczyk aus Kosten geriet mit seinem jüngeren Bruder auf dem Hofe des Vaters in einen Streit. In seiner Aufregung lief der jüngere Bruder in das Haus, holte eine Flinte und schoß den Bruder nieder. Der Tote war 31 Jahre alt und hinterläßt Frau und zwei Kinder. Die Neue des Bruders kam zu spät; er stellte sich selbst der Polizei und wurde bis zur endgültigen Klärung der Tat festgenommen.

Aus Kongreppolen und Galizien. Ein langgesuchter Bandit verhaftet.

In einem Dorfe des Lemberger Kreises ist jetzt endlich der Bandit Maczuga verhaftet worden, der seit einem vollen Jahre der Schrecken jener Gegend war. 12 Monate lang entging er immer wieder den energischen Verfolgungen der Polizei, bis er schließlich in einem Versteck bei einem Bauern aufgetrieben wurde. Maczuga lebte dort in einer Höhle, die durch eine daraufgestellte Hundehütte getarnt war.

Hebräische Sprache in den Schulen.

Das Warschauer „ABC“-Blatt meldet, daß das Warschauer Schulkuratorium auf ein von dem jüdischen Elternverband eingereichtes Memorial hin die Genehmigung erteilt habe, in den Volksschulen, die von jüdischen Kindern besucht werden, den Unterricht in der hebräischen Sprache als fakultativen Gegenstand einzuführen. Der Unterricht soll in den Abendstunden erteilt werden, wenn der gewöhnliche Unterricht beendet ist.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 23. November 1934.
Krakau — 2,29 (— 2,25), Rawidost — 2,04 (+ 1,94), Warschau — 1,85 (+ 1,91), Błoc — 1,59 (+ —), Thorn — 1,97 (+ 2,07), Wroclaw — 2,03 (+ 2,14), Culm — 1,93 (+ 1,99), Graudenz — 2,15 (+ 2,17), Auerthal — 2,34 (+ 2,32), Biele — 1,81 (+ 1,73), Dirschau — 1,85 (+ 1,70), Einlage + 2,46 (+ 2,42), Schienenort + 2,58 (+ 2,56). (In Klammern die Meldungen des Vortages.)

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Depke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Pragozski; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“.

